

# STUTTGARTER NACHRICHTEN

Nummer 290 · 50. Woche · 77. Jahrgang · S Nord

Donnerstag, 15. Dezember 2022

www.stn.de · € 2,40 · E 4063

## Glatteis: Kliniken in Südbaden überlastet

Der Wintereinbruch hat den Südwesten voll erwischt. Auf den Straßen gibt es Hunderte Unfälle.

**FREIBURG/TÜBINGEN.** Schneefälle und gefährliches Glatteis haben im Südwesten chaotische Zustände ausgelöst. Auf den Straßen gab es landesweit Hunderte Verkehrsunfälle, es gab Sachschäden und Menschen wurden verletzt, so die Behörden.

Besonders schlimm sah es in Südbaden aus: Weil Kliniken wegen der vielen Unfälle überfüllt waren, bauten Rettungskräfte einen Behandlungsplatz in der Freiburger Messehalle auf. Bis zu 15 Verletzte konnten dort zeitgleich medizinisch versorgt werden, so das Rote Kreuz. Auch die Notfallaufnahme der BG Klinik Tübingen ist nach Angaben einer Sprecherin voll ausgelastet gewesen.

Auf den Wintereinbruch sollen in der nächsten Woche vergleichsweise milde Temperaturen folgen. *dpa*

## Kommentar

### Flüchtlingskrise fordert die Politik

Der BaWü-Check zeigt, dass die Bürger Geflüchteten helfen wollen, aber mit der Politik unzufrieden sind.

VON KAI HOLOCH

Der von den baden-württembergischen Tageszeitungen in Auftrag gegebene BaWü-Check ist ein wichtiges Barometer für die Stimmungslage im Land. Beim aktuellen Check fallen gleich zwei Dinge ins Auge: Zum einen ist es die immer noch vorhandene große Bereitschaft, ukrainische Flüchtlinge im Land aufzunehmen und diese bei ihren Integrationsbemühungen zu unterstützen. Dass viele Bürger dabei sogar in Kauf nehmen, dass Turnhallen für die Erstaufnahme umgewidmet werden, macht deutlich, wie sehr sich die aktuelle Flüchtlingswelle von der im Jahr 2015 unterscheidet.

Zum anderen gibt es eine bemerkenswerte Unzufriedenheit mit der Flüchtlingspolitik der grün-schwarzen Landesregierung. Dass 49 Prozent der Befragten mit dem Vorgehen unzufrieden sind – und nur 27 Prozent diese gutheißen –, lässt sich zwar nicht allein den politischen Entscheidungen der Regierung zuschreiben: Für Regelungen, um einen Pull-Effekt zu vermeiden, oder für die nach Meinung vieler Bürger zu laxen Grenzkontrollen ist der Bund zuständig.

Soll die Stimmung nicht kippen, muss das Land aber schnell die Hausaufgaben machen: Zwar führt wohl kein Weg daran vorbei, die Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen noch einmal zu verlängern. Dazu angetan, das Vertrauen der Bürger in Zusagen der Landesregierung zu stärken, ist diese Maßnahme gewiss nicht. Solche Fehler dürfen sich nicht wiederholen.

## Wetter



Mittags 0° | Nachts - 2°

Es bleibt stark bewölkt mit gebietsweisem Schneefall  
Seite 6

## Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0  
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61



## Viele im Land gehen skeptisch ins neue Jahr

**BaWü-Check** Eine neue Umfrage der Südwestverlage zeigt, dass die Stimmung gedämpft ist. Das Flüchtlingsproblem steht aber nicht im Mittelpunkt.



VON KAI HOLOCH

**STUTTGART.** Die hohe Inflationsrate, der Krieg in der Ukraine und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung im Land dämpfen kurz vor Weihnachten die Stimmung der Bürger im Land. Das zeigt eine repräsentative Meinungsumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen durchgeführt hat.

# 49

Prozent der Befragten sehen die Flüchtlingspolitik des Landes kritisch.

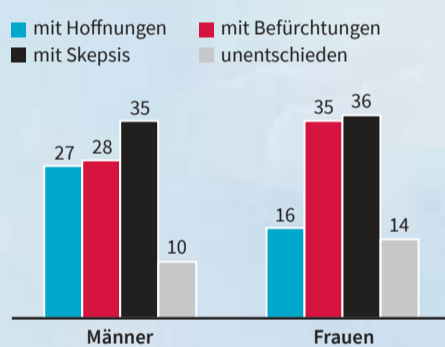
Zwar haben sich laut BaWü-Check viele ein wenig an die Krisensituation gewöhnt. So ist die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die ausgeprägte Befürchtungen für die Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten haben, von 38 auf 32 Prozent gesunken. Das führt aber nicht zu einem Anstieg bei der Zahl derjenigen, die mit Hoffnungen ins kommende Jahr gehen. Nach wie vor verharrt dieser Wert bei 21 Prozent.

Besonders geringe Hoffnungen haben Frauen (16 Prozent) und mit 18 Prozent Menschen, die älter als 60 Jahre sind. Immerhin sind 27 Prozent der Männer und 29 Prozent der unter 30-Jährigen optimistisch gestimmt.

### Stimmung im Südwesten

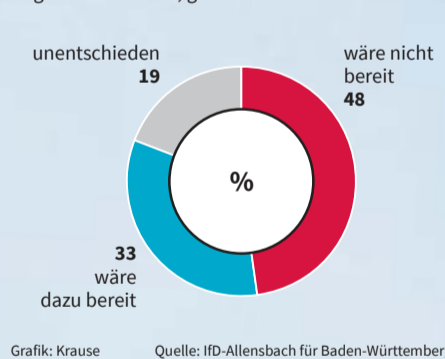
Wie sehen Sie den kommenden zwölf Monaten entgegen?

Angaben in Prozent, gerundet



Wären Sie bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen – unabhängig davon, ob es bei Ihnen machbar wäre?

Angaben in Prozent, gerundet



Grafik: Krause

Quelle: ID-Allensbach für Baden-Württemberg

Derzeit ist die Schar der Skeptiker deutlich größer geworden: Zählten die Meinungsforscher im August noch 29 Prozent der Baden-Württemberger zu dieser Gruppe, so sind es nun bereits 35 Prozent. Allerdings gibt es ein weitverbreitetes Unbehagen gegenüber der Flüchtlingspolitik des Landes. Nur 27 Prozent stellten dem Land ein positives Zeugnis aus, 49 Prozent sehen die Arbeit von Grün-Schwarz in diesem Bereich kritisch.

Laut BaWü-Check gibt es nach wie vor großes Verständnis für die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine – die Bereitschaft, Flüchtlinge aus dem Krisengebiet aufzunehmen, nimmt rund zehn Monate nach Kriegsbeginn zwar langsam ab, ist aber immer noch beachtlich. Selbst die Tatsache, dass für die Flüchtlingsunterbringung wieder Sporthallen genutzt werden müssen, stößt auf vergleichsweise breites Verständnis. Dennoch scheint das Interesse in der Bevölkerung des Landes an dem Thema begrenzt zu sein. So vermögen 25 Prozent der Befragten nicht zu sagen, ob in jüngerer Zeit in ihrer Region viele Flüchtlinge untergebracht wurden.

34 Prozent trauen sich kein Urteil bei der Frage zu, woher die meisten Flüchtlinge kommen. Das sei umso verwunderlicher, als seit Kriegsbeginn vor allem Menschen aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind, so die Meinungsforscher.

Kommentar

## Spielwarenläden immer stärker unter Druck

Die Fachgeschäfte verlieren massiv Umsatz an Drogerie- und Verbrauchermärkte sowie Discounter.

**STUTTGART.** Die kleinen Spielwarenfachgeschäfte haben immer weniger Anteil am Branchenumsatz. „Schon seit Jahren entdecken viele branchenfremde Unternehmen das Spielwarensortiment für sich“, sagte Sabine Hagmann, Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg, unserer Zeitung. Nach Erhebungen des Handelsverbands Spielwaren wird nur noch jeder sechste Euro in einem Fachgeschäft umgesetzt, wozu aber auch Spielwarenketten und Drogeriemärkte zählen.

Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird online erzielt, ein weiteres Drittel setzen Verbrauchermärkte, Buchhändler oder Discounter um. Laut Bundesverband E-Commerce und Versandhandel hat in Deutschland in den letzten zehn Jahren jedes vierte Spielwarengeschäft aufgegeben. *dag*

## Wer Staatshilfe kassiert, muss Boni einschränken

Unternehmen, die in hohem Maße Unterstützung aus den Energiepreispbremsen erhalten, dürfen keine Dividenden zahlen.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

**STUTTGART.** Die Wirtschaft hadert immer mehr mit der staatlichen Entlastung von den hohen Energiekosten. „Die Gaskommission wollte ein einfaches Zielpreisniveau, das den Unternehmen Planungssicherheit gibt“, betont ein Sprecher der Unternehmer Baden-Württemberg (UBW). „Jetzt haben wir in den Gesetzentwürfen ein sehr komplexes Rabattsystem mit vielen Kriterien, in die sich die Unternehmen unterschiedlich einordnen. Wir brauchen dringend umfassendere, passgenauere und unbürokratischere Strom- und Gaspreispbremsen.“

Neuester Aufreger ist eine Regelung der Ampelregierung, die eine Auszahlung von Boni und Dividenden an die Unternehmensführung verhindern soll, wenn diese Staatshilfen aus der Gas- und Energiepreispbremse in Höhe von mindestens 50 Millionen Euro in

Anspruch nimmt. Bei einer Unterstützung zwischen 25 und 50 Millionen Euro dürfen bestimmte Boni-Zahlungen im kommenden Jahr nicht angehoben werden. Die Dividenden bleiben da noch unberührt. Aus Sicht des Verbandes der chemischen Industrie geht diese Regelung „meilenweit an den Realitäten in den Unternehmen vorbei“.

Derweil hinterlässt das kalte Winterwetter Spuren an den Beständen der staatlichen Gasspeicher: Allein am Montag ist ein ganzer Prozentpunkt daraus entnommen worden. Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, ruft nachdrücklich zum Energiesparen auf. „Trotz der Kälte meine Bitte: Gehen Sie achtsam mit dem Gasverbrauch um“, sagte er an die Adresse von Privathaushalten und Unternehmen. Von einer Mangellage sei Deutschland dennoch „sehr, sehr weit entfernt“. Nach Angaben vom Mittwoch betrug der Füllstand zuletzt 92,45 Prozent.

## Gericht nimmt Twitter in die Pflicht

Der Kurznachrichtendienst muss Antisemitismusbeauftragten Blume wirksam vor Verleumdung schützen.

**FRANKFURT/STUTTGART.** Der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Michael Blume hat nach der Entscheidung des Landgerichts Frankfurt zur Löschung falscher oder ehrverletzender Tweets auf Twitter von einem „bewegenden Tag“ gesprochen. Die Geschäftsführerin der Menschenrechtsorganisation von Hate Aid, Anna-Lena von Hodenberg, sah in Stuttgart einen „guten Tag für die Demokratie“.

„Die Entscheidung zeigt, das Internet ist kein rechtsfreier Raum“, sagte die Vorsitzende Richterin Ina Frost. In dem Eilverfahren hatten Blume und die unterstützende Organisation Hate Aid Twitter vorgeworfen, für die Verbreitung von Verleumdungen mitverantwortlich zu sein. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. *KNA/red*

## Benin-Objekte gehören nun offiziell Nigeria

Sie stehen für die Debatte um koloniales Raubgut. Nun sind Stuttgarts Bronzen übertragen worden.

**STUTTGART.** Nun ist es auch offiziell: Fast genau 125 Jahre nach den Plünderungen im damaligen Königreich Benin gehören Dutzende wertvolle Kunstobjekte aus der Sammlung des Stuttgarter Linden-Museums wieder dem westafrikanischen Nigeria, zu dem die Region Benin heute gehört. Die Eigentumsrechte für die 70 Objekte sind von Baden-Württemberg an Nigeria übertragen worden. Rund ein Drittel der zu übertragenden Objekte bleibt als Leihgabe zunächst für die kommenden zehn Jahre in Stuttgart.

Die Unterzeichnung sei für die Landesregierung ein großer Schritt im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Europas, Deutschlands und Baden-Württembergs, sagte Wissenschaftsministerin Petra Olschowski (Grüne). *red*

## Wassernetz-Kauf vorerst gescheitert

**STUTTGART.** Die vom Stuttgarter Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU) beworbene Vereinbarung mit der Energie Baden-Württemberg (EnBW), die die Übernahme des Wassernetzes durch die Stadt im Jahr 2043 sichern soll, ist vorerst gescheitert. Die Mehrheit des Gemeinderates hat am Mittwoch Bedenken gegen den Deal vorgebracht und Nachverhandlungen gefordert. Das Thema ist auf 2023 verschoben, der Termin unbestimmt. *ks*

## Frankreich entzaubert Marokko

**AL-CHAUR.** Frankreichs Weltmeister haben das traumhafte WM-Märchen Marokkos jäh beendet und greifen schon wieder nach dem goldenen Pokal. Die Equipe Tricolore setzte sich am Mittwoch gegen den ersten afrikanischen Halbfinalisten überhaupt etwas glücklich mit 2:0 (1:0) durch und trifft am Sonntag im großen Endspiel auf Lionel Messi Argentinien. Den Marokkanern bleibt der Stolz, bei der WM in Katar jetzt schon Historisches geleistet zu haben. Am Samstag können die Nordafrikaner gegen Kroatien noch Platz drei erreichen. In der Heimat fieberten und zitterten Millionen Menschen mit – mindestens die Verlängerung wäre vor 68 294 Zuschauern im Al-Bait Stadion verdient gewesen. *dpa*